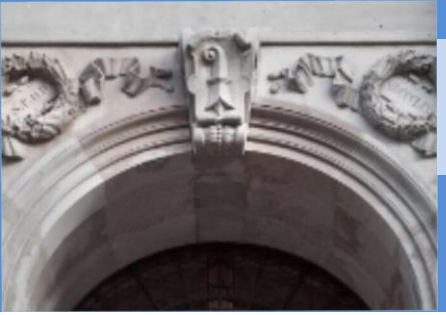
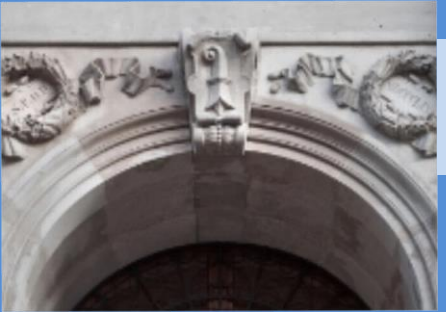


Zivilgericht
Basel-Stadt

lic. iur. B. Lötscher-Steiger
Gerichtspräsident Zivilgericht Basel-Stadt

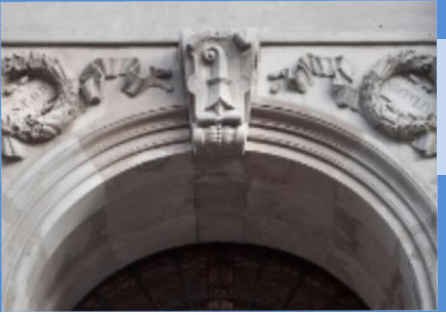
Die Aufgabe des Kindesschutzes aus familienrichterlicher Sicht

3. September 2015



Inhalt

- **Überblick Kinderbelange im Gerichtsverfahren**
- **Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung**
- **Zuständigkeiten**
- **Persönlicher Verkehr**
- **Entzug elterliche Sorge**
- **Zusammenspiel der Behörden**
- **Verfahrensrechtliche Fragen**
- **Zwei Projekte in Basel**



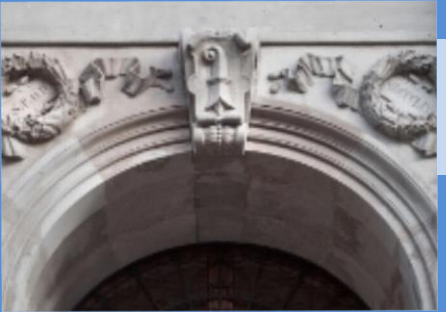
Gerichtliche familienrechtliche Verfahren mit Kindesbeteiligung

- Eheschutzverfahren
- Scheidungsklagen
- Scheidung auf gemeinsames Begehren
- Abänderungsverfahren (Änderung eines Scheidungsurteils)
- Weitere:

  Statusklagen
  - Vaterschaftsklage
  - Vaterschaftsanfechtung
  - Adoptionsanfechtung

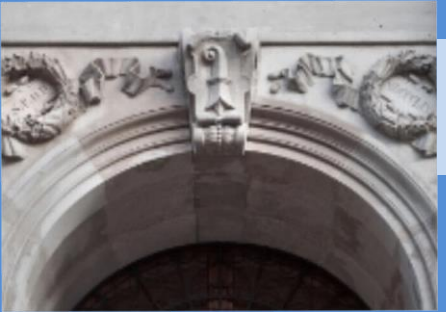
  Unterhaltsklagen

  Lohnanweisungen und Sicherstellung für Kindesunterhalt



Im Rahmen eherechtlicher Verfahren zu treffende Entscheide können sein:

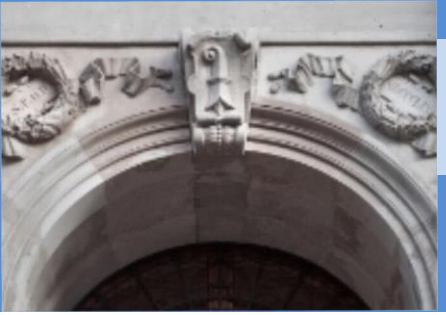
1) Elterliche Sorge
2) Obhutsregelung
3) Betreuungsanteile oder Regelung des persönlichen Verkehrs
4) Unterhaltsbeiträge
5) Kindesschutzmassnahmen



1) Elterliche Sorge

- Verheiratete Eltern: gemeinsames Sorgerecht
- Nicht verheiratete Eltern:
  - zunächst elterliche Sorge der Mutter (Art. 298a Abs. 5 ZGB)
  - dann grds. gemeinsames Sorgerecht
    - durch gemeinsame Erklärung der Eltern (Art. 298a Abs. 1-4 ZGB)
    - Bei Verweigerung eines Elternteils:
      durch Entscheid der KESB (Art. 298b ZGB)
    - oder bei Vaterschaftsurteil: durch Gericht (Art. 298c ZGB)
- Geschiedene Eltern: grds. gemeinsames Sorgerecht

⇨ **Abweichung von gemeinsamer elterlichen Sorge nur, wenn zur Wahrung des Kindeswohl geboten.**



1) Elterliche Sorge

Art. 296 ZGB

[1] Die elterliche Sorge dient dem Wohl des Kindes.

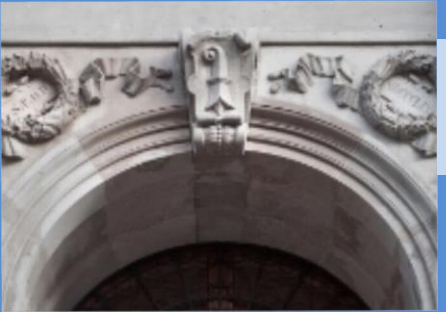
[2] Die Kinder stehen, solange sie minderjährig sind, unter der gemeinsamen elterlichen Sorge von Vater und Mutter.

[3] (…)

Art. 301 ZGB

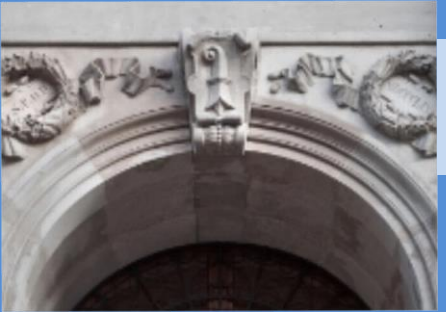
[1] Die Eltern leiten im Blick auf das Wohl des Kindes seine Pflege und Erziehung und treffen unter Vorbehalt seiner eigenen Handlungsfähigkeit die nötigen Entscheidungen.

[2] (…)



Bernhard Schnyder (bereits 1979) zu Art. 301 ZGB

- Die **Eltern «leiten» die Pflege und Erziehung,**
  aber «im Blick auf das Wohl des Kindes»
- Die **Eltern treffen «die nötigen Entscheidungen»**,
  aber unter Vorbehalt der eigenen Handlungsfähigkeit des Kindes.
- Das **Kind schuldet den Eltern Gehorsam**,
  es hat aber Anspruch auf die seiner Reife entsprechende Freiheit der Lebensgestaltung.
- Und die **Eltern haben die Pflicht**, in wichtigen Angelegenheiten,
  «soweit tunlich», auf die Meinung des Kindes Rücksicht zu nehmen.



Aufenthaltsbestimmungsrecht = Teil der elterlichen Sorge

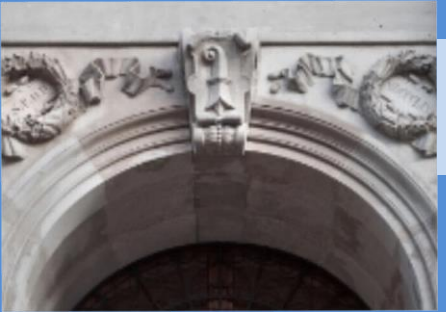
Art. 301a ZGB

[1] Die elterliche Sorge schliesst das Recht ein, den Aufenthaltsort des Kindes zu bestimmen.

[2] Üben die Eltern die elterliche Sorge gemeinsam aus und will ein Elternteil den Aufenthaltsort des Kindes wechseln, so bedarf dies der Zustimmung des andern Elternteils oder der Entscheidung des Gerichts oder der Kindesschutzbehörde, wenn (…)

(…)

[5] Soweit dies erforderlich ist, verständigen sich die Eltern unter Wahrung des Kindeswohls über eine Anpassung der Regelung der elterlichen Sorge, der Obhut, des persönlichen Verkehrs und des Unterhaltsbeitrages. Können sie sich nicht einigen, entscheidet das Gericht oder die Kindesschutzbehörde.

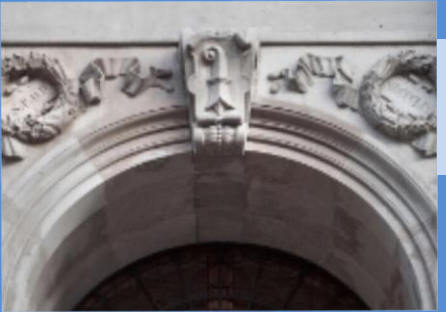


2) Obhut

«Das Recht, mit dem minderjährigen Kind in häuslicher Gemeinschaft zu leben und für seine tägliche Betreuung und Erziehung zu sorgen.»

⇨ Alleinige Obhut für einen Elternteil
+ *persönlicher Verkehr* für den anderen Elternteil.

⇨ Alternierende Obhut für beide Elternteile
+ Regelung der *Betreuungsanteile*.



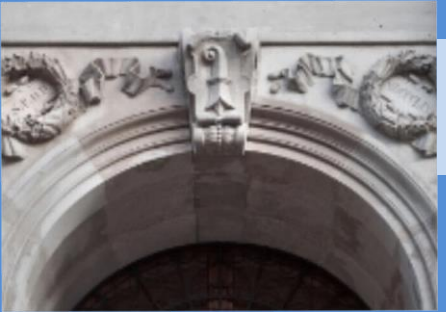
3) Persönlicher Verkehr

Art. 273 ZGB

[1] Eltern, denen die elterliche Sorge oder Obhut nicht zusteht, und das minderjährige Kind haben gegenseitig Anspruch auf angemessenen persönlichen Verkehr.

[2] Die Kindesschutzbehörde kann Eltern, Pflegeeltern oder das Kind ermahnen und ihnen Weisungen erteilen, wenn sich die Ausübung oder Nichtausübung des persönlichen Verkehrs für das Kind nachteilig auswirkt oder wenn eine Ermahnung oder eine Weisung aus anderen Gründen geboten ist.

[3] Der Vater oder die Mutter können verlangen, dass ihr Anspruch auf persönlichen Verkehr geregelt wird.



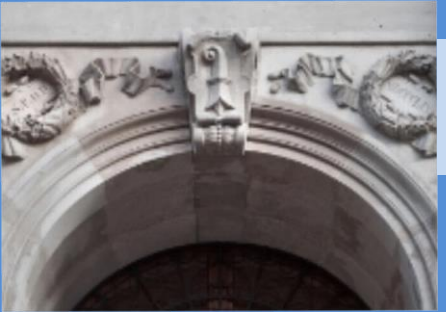
3) Persönlicher Verkehr

Art. 274 ZGB

[1] Der Vater und die Mutter haben alles zu unterlassen, was das Verhältnis des Kindes zum anderen Elternteil beeinträchtigt oder die Aufgabe der erziehenden Person erschwert.

[2] Wird das Wohl des Kindes durch den persönlichen Verkehr gefährdet, üben die Eltern ihn pflichtwidrig aus, haben sie sich nicht ernsthaft um das Kind gekümmert oder liegen andere wichtige Gründe vor, so kann ihnen das Recht auf persönlichen Verkehr verweigert oder entzogen werden.

[3] (…)



4) Kindesunterhalt

Einvernehmlich

Vereinbarungen über Kindesunterhalt

⇨ Genehmigung durch die KESB Art. 287 Abs. 1 ZGB

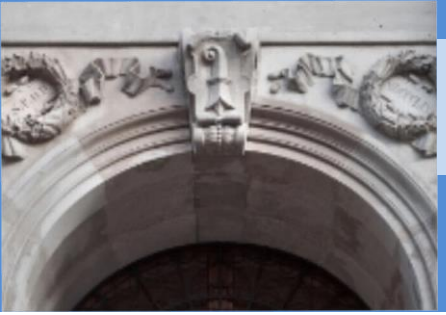
Strittig

Unterhaltsklage vor Gericht.

Bei Einigung um Gerichtsverfahren (oder in Schlichtungsverfahren)

⇨ Genehmigung durch das Gericht

Art. 287 Abs. 3 ZGB
vgl. Art. 208 Abs. 2 und Art. 217 ZPO



Exkurs: Revision Kindesunterhaltsrecht

- Ablauf der Referendumsfrist: 9. Juli 2015 (Inkrafttreten steht noch nicht fest.)
- Stärkung des Rechts des Kindes unabhängig vom Zivilstand der Eltern
- **Hintergrund**:

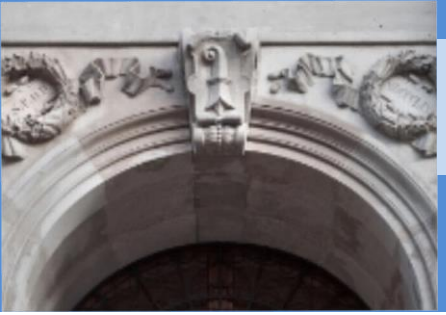
  Ungleichbehandlung von Kindern unverheirateter Eltern und Kindern geschiedener Eltern bei ihrem Anspruch auf persönliche Betreuung

  BGer: *nachehelicher Unterhalt* (als Ausgleich ehebedingter Nachteile):
  (Dem Kind) zumutbare Erwerbstätigkeit des betreuenden Elternteils:

  50% sobald das jüngste Kind 10 Jahre alt ist (= 100% Betreuung bis 10)

  100% sobald das jüngste Kind 16 Jahre alt ist (= 50% Betreuung bis 16)

  ⇨ Keine Entsprechung bei Kindern unverheirateter Eltern.



Exkurs: Revision Kindesunterhaltsrecht

⇨ Berechnung des Betreuungsunterhaltes?

- Ausgleich des Erwerbsausfalles des persönlich betreuenden Elternteils?

  oder

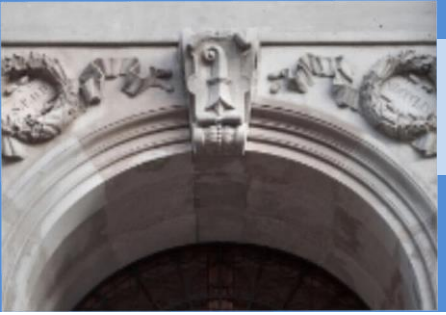
- Marktkonforme Entschädigung? (Bemessung/Referenz?)

⇨ Keine gesetzlichen Vorgaben, keine Aufzählung von Kriterien, alles im Ermessen des Gerichts.

⇨ Vgl. Auszug aus Botschaft auf Handout S. 14 f.

⇨ Auswirkungen des neuen Betreuungsunterhaltes auf Anträge betreffend persönlichen Verkehr und/oder alternierende Obhut?

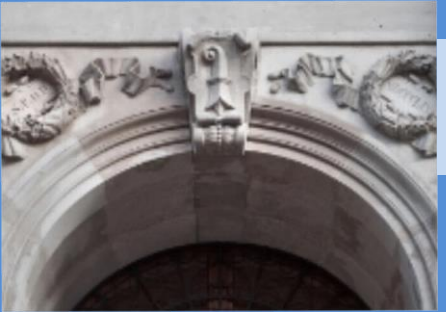
(*bleibt abzuwarten*)



5) Kindesschutzmassnahmen (formell)

Art. 307-317 ZGB

- Art. 307 geeignete Massnahmen (Grundsatz)
- Art. 308 Beistandschaft (individuell abgestimmt)
- Art. 310 Aufhebung des Aufenthaltbestimmungsrechts (= Fremdunterbringung)
- Art. 311 Entziehung der elterlichen Sorge



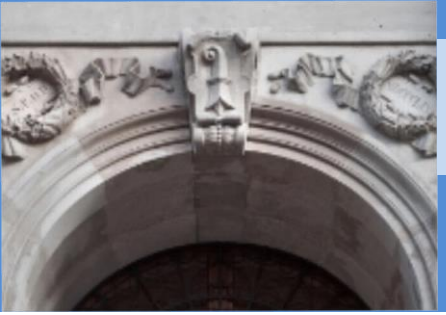
Prinzipien des Kindesschutzes

⇨ **Grundprinzip: Kindeswohl**

⇨ Insb. Aufrechterhalten einer stabilen Beziehung zu beiden Elternteilen

⇨ Für Einschränkungen gilt nach Bundesgericht:

- Subsidiarität (Erforderlichkeit)
- Proportionalität (mildestes erfolgsversprechendes Mittel)
- Komplementarität (elterliche Bemühungen ergänzen)



Kindeswohl

6 Grundbedürfnisse nach UN-Kinderrechtskonvention

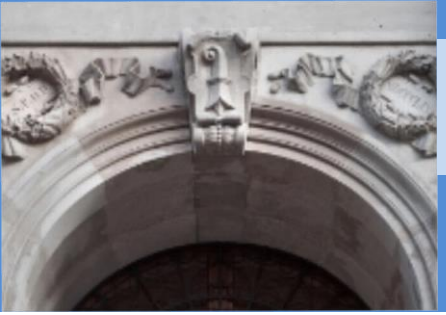
- Ernährung und Versorgung
- Erhaltung der Gesundheit
- Schutz vor Gefahren
- Zuwendung und Liebe
- Stabile Bindung
- Vermittlung von Wissen und Erfahrung

⇨ **Recht auf Schutz**

⇨ **Recht auf Förderung**

⇨ **Recht auf Mitwirkung**

(Prof. A. Büchler, rwi uzh)

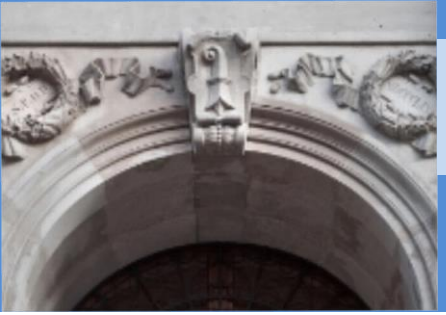


Kindeswohl

Kindeswohl – was ist das?

Das Kindeswohl gilt als Leitmotiv bei allen wesentlichen Fragen zu Betreuung, Erziehung und Bildung des Kindes. Es ist der Inbegriff aller begünstigenden Lebensumstände, um dem Kind zu einer guten und gesunden Entwicklung zu verhelfen. Dazu gehören elementare Dinge wie ausreichende Ernährung, wettergerechte Kleidung, ein Dach über dem Kopf, aber auch Schutz vor körperlicher und seelischer Gewalt, liebevolle Zuwendung, Lob und Anerkennung, Respekt und Achtung, Verbindlichkeit in den Beziehungen und eine sichere Lebensorientierung.

(Merkblatt KESB Bern)

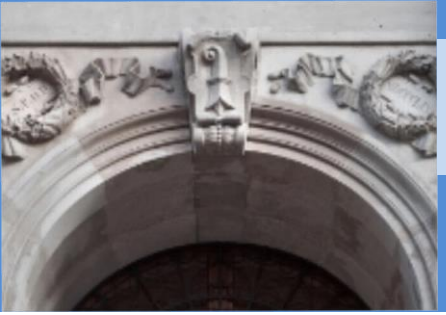


Kindeswohlgefährdung

Begriff

Eine Gefährdung des Kindeswohls liegt dann vor, wenn es nicht so geschützt und gefördert wird, wie es für seine körperliche, geistige und sittliche Entfaltung nötig wäre. Unerheblich ist, auf welche Ursachen die Gefährdung zurückzuführen ist: Sie können in den Anlagen oder in einem Fehlverhalten des Kindes, der Eltern oder der weiteren Umgebung liegen. Desgleichen spielt keine Rolle, ob die Eltern ein Verschulden an der Gefährdung trifft. (BGer 5A_615/2013 vom 2. Dezember 2013, E. 2.2)

Bsp.
- physische und psychische Gewalt gegenüber dem Kind
- sexueller Missbrauch (Verdacht?)
- Vernachlässigung
- häusliche Gewalt



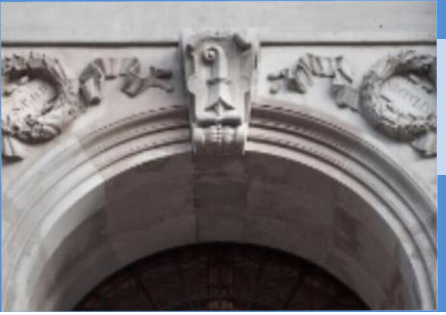
Häusliche Gewalt

Physische Gewalt		Psychische Gewalt
Situativ	Systematisch	Insb. systematisch
z.B. Eskalationen		z.B. Einschüchtern, Bedrohen, Demütigen, Isolieren, Kontrollieren

- Gewalt gegen das Kind selbst
- Miterleben von Gewalt gegen einen Elternteil (oder Dritte)

⇨ kann die Beziehung des Kindes zu beiden Elternteilen prägen.

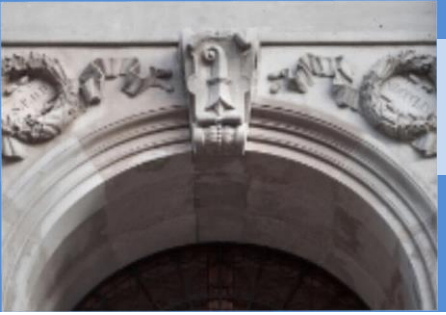
⇨ Trennung der Eltern: Entlastung oder Verschärfung der Situation?



Häusliche Gewalt

- Grund für alleiniges Sorgerecht
- Grund für Einschränkung des persönlichen Verkehrs
- Einschränkung des persönlichen Verkehrs ≠ Sanktion gegen einen Elternteil
- «*Konflikte auf der Elternebene*» ≠ Grund für eine Einschränkung des persönlichen Verkehrs, wenn die Beziehung zum Kind gut ist
- Massgeblich: Kindeswohl:
    - *Eltern-Kind-Verhältnis*
    - Auswirkungen des persönlichen Verkehrs / des fehlenden persönlichen Verkehrs auf das Kind.
- **Vertiefte Abklärung, Professionalisierung ⇨ Individuell angepasste Lösung**

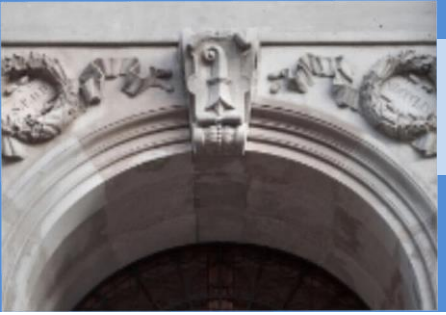
  (keine ideale, sondern die am wenigsten belastende Lösung)



Kaskade der Kindesschutzmassnahmen

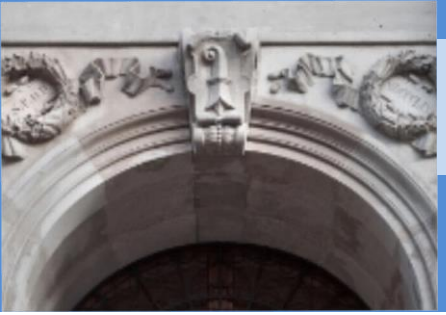
- Mahnung (Art. 307 III)
- Weisung (Art. 307 III)
- Aufsicht (Vertrauensperson aller Beteiligten: Begleitung, Beratung, Art. 307 III)
- Beistand: Art. 308 I allgemein (auch autoritativ)
  Art. 308 II mit besonderen Befugnissen
- Fremdplatzierung (Aufhebung Aufenthaltsbestimmungsrecht, Art. 310 ZGB)
- Aufhebung der elterlichen Sorge (Art. 311 ZGB)

Einschränkung des persönlichen Verkehrs zum Schutz des Kindes (Art. 274 ZGB)



Zuständigkeit zur Anordnung von Kindesschutzmassnahmen

- **Grundsätzlich zuständig: KESB**
- **Das Gericht ist zuständig**
  - ⇨ In Eheschutzverfahren
  - ⇨ In Scheidungsverfahren
  - ⇨ In Verfahren zur Abänderungen von gerichtlichen Entscheiden: *wenn Änderungen der elterlichen Sorge, der Obhut oder des Minderjährigenunterhaltes zu beurteilen.*
- **KESB bleibt befugt**
  - ⇨ Fortführen eines *bereits eingeleiteten Kindesschutzverfahrens*
  - ⇨ *Bei besonderer Dringlichkeit (Gericht voraussichtlich nicht schnell genug)*



Entscheide im Gerichtsverfahren

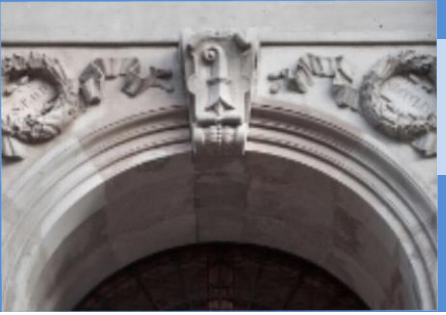
- Elterliche Sorge
- Obhut
- Betreuungsanteile und persönlicher Verkehr

\+ *flankierend*: (übrige) Kindesschutzmassnahmen (Beistand etc.)

Regelfall heute

Belassen der gemeinsamen elterlichen Sorge (Scheidungen)

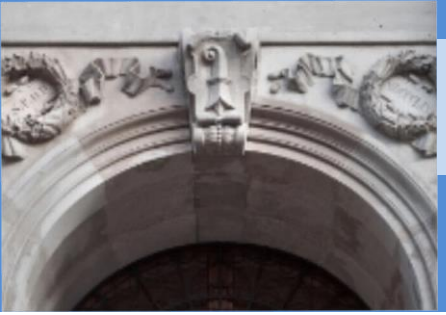
\+ Regelung Obhut, Betreuungsanteile und persönlicher Verkehr



Persönlicher Verkehr

- Reiche bundesgerichtliche Rechtsprechung
- letztlich aber an den individuellen Fall angepasste Lösungen erforderlich
- bewusst grosser Ermessensspielraum
- zurückhaltende Ermessenskontrolle mit zunehmender Distanz

  = grosse Verantwortung
- «Standard-Lösung»?
- Bedeutung der Abklärung im Einzelfall (*stabile* Entscheidgrundlagen)
  + Persönliche Erfahrung und Qualitäten (nicht allein juristische)
- Bedeutung der individuellen Ausgestaltung des Verfahrens
  (Bsp. Bedeutung von Zuhören und Tempo)
- Wenn möglich tragende einvernehmliche Lösungen

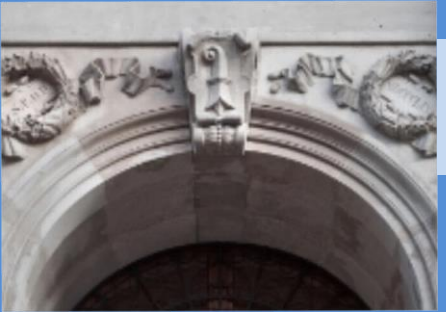


Bundesgerichtliche (Grund-)Sätze

Zum persönlichen Verkehr

«*Das Besuchsrecht hat primär den Interessen des Kindes zu dienen*. *Seine Erteilung und Ausgestaltung, bzw. seine Verweigerung, richten sich nach dem Kindeswohl und nicht nach einem allfälligen Fehlverhalten des Berechtigten*. *Die Beziehung des Kindes zu seinen beiden Elternteilen ist wichtig und kann bei der Identitätsfindung eine entscheidende Rolle spielen*.» (BGer 5A_173/2014 und 5_174/2014 E. 3.3.)

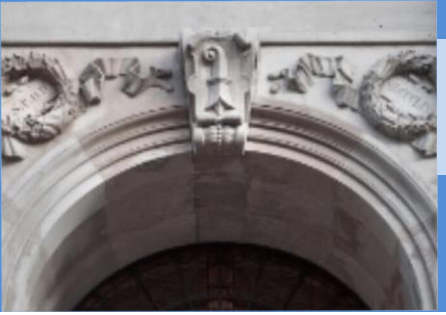
(*Vorliegend hatte der Vater sein Besuchsrecht im 2013 nur unregelmässig wahrgenommen (einmal im April, einmal im Mai, zweimal im Juni). Da es für die innere Stabilität und die Entwicklung des Kindes bedeutsam ist, dass die Modalitäten des Besuchsrechts beachtet werden, ist eine Einschränkung des Besuchsrechts gerechtfertigt*.)



Bundesgerichtliche (Grund-)Sätze

Persönlicher Verkehr

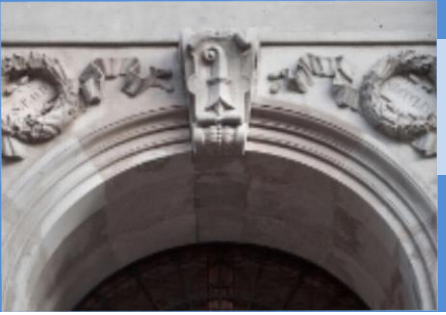
«Wird das Wohl des Kindes durch den persönlichen Verkehr gefährdet, üben die Eltern ihn pflichtwidrig aus, haben sie sich nicht ernsthaft um das Kind gekümmert oder liegen andere wichtige Gründe vor, so kann ihnen das Recht auf persönlichen Verkehr verweigert oder entzogen werden (Art. 274 Abs. 2 ZGB). Gefährdet ist das Wohl des Kindes, wenn seine ungestörte körperliche, seelische oder sittliche Entfaltung durch ein auch nur begrenztes Zusammensein mit dem nicht obhutsberechtigten Elternteil bedroht ist. Als wichtige Gründe fallen Vernachlässigung, physische und psychische Misshandlung, insbesondere sexueller Missbrauch des Kindes in Betracht. Erforderlich ist sodann, dass dieser Bedrohung nicht durch geeignete andere Massnahmen begegnet werden kann. Dies folgt aus dem Gebot der Verhältnismässigkeit, dem Verweigerung oder Entziehung des persönlichen Verkehrs als Kindesschutzmassnahme unterliegen (…). Der vollständige Entzug des Rechts auf persönlichen Verkehr bildet daher die "ultima ratio" und darf im Interesse des Kindes nur angeordnet werden, wenn die nachteiligen Auswirkungen des persönlichen Verkehrs sich nicht in für das Kind vertretbaren Grenzen halten lassen (….).» (BGE 122 III 404 E. 3b)



Bundesgerichtliche (Grund-)Sätze

Zum persönlichen Verkehr: gänzliche Einschränkung

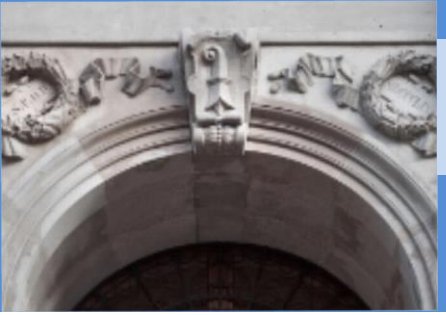
«*Der persönliche Verkehr darf in der Regel nicht allein wegen elterlichen Konflikten dauerhaft eingeschränkt werden, jedenfalls soweit das Verhältnis zwischen dem besuchsberechtigten Elternteil und dem Kind gut ist (…). Der gänzliche Ausschluss eines Elternteils vom persönlichen Verkehr kommt schliesslich nur als ultima ratio in Frage; er ist einzig dann statthaft, wenn sich die nachteiligen Auswirkungen eines Besuchsrechts nicht anderweitig in für das Kind vertretbaren Grenzen halten lassen (…) Als gerechtfertigt hat das Bundesgericht dies beispielsweise erachtet bei einem sich im Strafvollzug befindenden und an einer Persönlichkeitsstörung leidenden Vater (Urteil 5C.93/2005 vom 9. August 2005 E. 4) oder bei einem Vater, der die inzwischen 14- bzw. 16-jährigen und ein Besuchsrecht strikt ablehnenden Kinder als Algerienkämpfer während zehn Jahren nicht mehr gesehen hatte (Urteil 5C.250/2005 vom 3. Januar 2006 E. 3.2).*» (BGer 5A_719/2013 vom 17. Oktober 2014 E.4.3.)



Bundesgerichtliche (Grund-)Sätze

Zum persönlichen Verkehr: gänzliche Einschränkung

«*Das Obergericht geht an sich zutreffend davon aus, dass die Beziehung der Kinder zu beiden Eltern von hohem Wert sei und bei der Identitätsfindung des Kindes eine bedeutende Rolle spiele (…). Doch hat es auch festgehalten, dass die Kinder Gewalttätigkeiten ihres Vaters ausgesetzt gewesen seien und deshalb den Kontakt zu ihm ablehnten. Unter diesen Umständen ist nicht zu sehen, inwiefern die Anbahnung von Kontakten zwischen dem Vater und den Kindern dem Kindeswohl dienen soll. Lehnen die vier Kinder im Alter von 12 bis fast 18 Jahren aufgrund ihrer Erfahrungen den persönlichen Verkehr mit ihrem Vater ab, ist dies zu respektieren (…); insbesondere was die beiden älteren, demnächst mündigen Kinder betrifft, dürfte es geradezu sinnlos sein, gegen deren klar geäusserten Willen zu versuchen, einen Kontakt zu ihrem Vater anzubahnen. Es muss ihnen überlassen bleiben, ob und gegebenenfalls wann sie bereit sind, einen Kontakt wieder aufzunehmen.»*
(BGE 126 III 219 vom 7. April 2000, E.2b.)

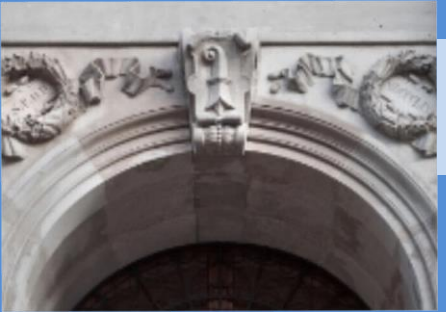


Bundesgerichtliche (Grund-)Sätze

Zum persönlichen Verkehr: Willensäusserung des Kindes

«*Überdies darf die kinderpsychologische Erkenntnis als anerkannt gelten, dass in der Entwicklung des Kindes die Beziehung zu beiden Elternteilen wichtig ist, zumal dies bei der Identitätsfindung eine entscheidende Rolle spielen kann (…), indem gerade bei Knaben die Orientierungsmöglichkeit an einer väterlichen Identifikationsfigur für die Entwicklung der Männlichkeit von grosser Bedeutung ist (…). Auch solche Überlegungen sind in die Gesamtwürdigung mit einzubeziehen. (…)*

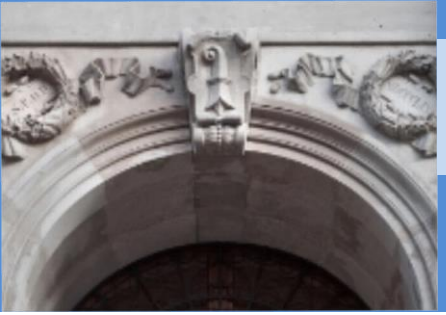
Auf der anderen Seite ist den Willensäusserungen der Kinder angesichts ihres Alters und des konstanten Aussageverhaltens durchaus Rechnung zu tragen, indem nicht unbedingt ein Besuchs- und Ferienrecht im üblichen Umfang zuzusprechen ist. (…) aus ihren Aussagen geht hervor, dass sie in erster Linie diversen ausserschulischen Aktivitäten nachgehen wollen und in diesem Zusammenhang Besuche beim Vater als hinderlich empfinden.»
(BGer 5A_719/2013 vom 17. Oktober 2014 E.4.4.)



Bundesgerichtliche (Grund-)Sätze

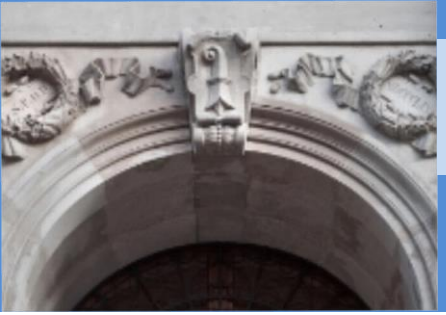
Zum persönlichen Verkehr: Willensäusserung des Kindes

«*Bei der Berücksichtigung des Willens des Kindes ist zunächst dessen Alter bzw. dessen Fähigkeit zu autonomer Willensbildung, welche ungefähr ab dem 12. Altersjahr anzunehmen ist (….), sodann aber auch das Aussageverhalten und namentlich die Konstanz des geäusserten Willens zentral. Je konstanter die Willenskundgebungen vorgebracht werden und je mehr sie mit nachvollziehbaren und auf das Kindeswohl zielenden Argumenten unterlegt sind, desto stärker können sie bei der Urteilsfindung gewichtet werden (…), freilich stets als eines von mehreren und nicht als einziges Kriterium (…). So wie es nicht zur freien Disposition des Kindes steht, bei welchem Elternteil es aufwachsen möchte, sondern im Streitfall seine Willenskundgebungen nur ein Element bei der richterlichen Entscheidfindung sind (…), kann es auch nicht in Eigenregie bestimmen, ob und zu welchen Bedingungen es Umgang mit dem nicht sorge- oder obhutsberechtigten Elternteil haben möchte (….). Bei älteren Kindern rückt ein konstant und nachdrücklich geäusserter Wille freilich in den Vordergrund (...).*»
(BGer 5A_719/2013 vom 17. Oktober 2014 E.4.4.)



Durchsetzung des persönlichen Verkehrs

- Grundsätzlich Zwangsdurchsetzung möglich
- ABER: nur mit indirektem Zwang gegen den Verweigernden
- Keine zwangsweise Mitnahme des Kindes
- Insb. Strafandrohung (Ungehorsamsstrafe)
  = Busse für jede Missachtung der gerichtlichen Anordnung
- Höhe der Busse?
- Kein «Verrechnen» mit Unterhaltsbeiträgen



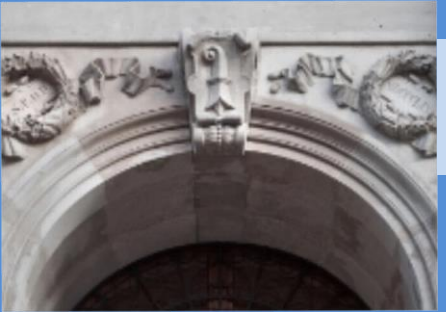
Bundesgerichtliche (Grund-)Sätze

Durchsetzung des persönlichen Verkehrs

«*Besuchsrechte sind einer Zwangsvollstreckung grundsätzlich zugänglich (…). Vorliegend geht es nicht um eine direkte Realvollstreckung, auf welche nach heutiger Auffassung jedenfalls bei urteilsfähigen Kindern zu verzichten ist (…), sondern um die indirekte Zwangsvollstreckung durch Strafandrohung gemäss Art. 292 Abs. 1 lit. a ZPO, wie sie in Art. 343 Abs. 1 lit. a ZPO als Vollstreckungsmassnahme bei einer Verpflichtung zu einem Tun ausdrücklich vorgesehen ist, wobei es auch zulässig wäre, die Strafbewehrung direkt in der materiellen Besuchsrechts-regelung aufzunehmen (…).*

Die Strafandrohung als Vollstreckungsmassnahme steht dann zur Diskussion, wenn der andere Elternteil sich der Ausübung des Besuchsrechts in grundsätzlicher Weise widersetzt (…).»

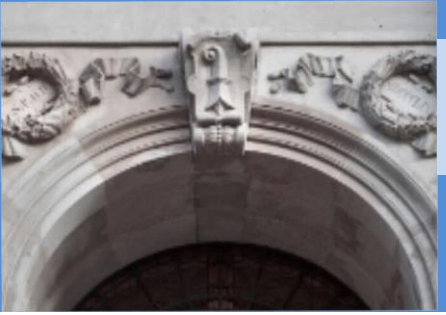
(BGer 5A_764/2013 vom 14. Januar 2014 E. 2.1. m. Hinw. a. BGE 107 II 301 und 127 IV 119).



Bundesgerichtliche (Grund-)Sätze

Durchsetzung des persönlichen Verkehrs

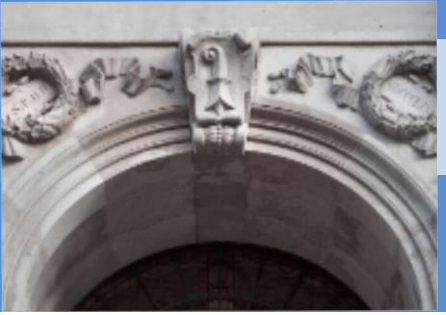
«*(…) Im Übrigen lässt sich dem angefochtenen Entscheid entnehmen, dass der Beschwerdeführer geltend gemacht hatte, die Kinder insbesondere vom 2. bis 28. April und vom 23. Juli bis 18. August 2012 nicht gesehen zu haben. Es geht also um zwei ausgefallene bzw. verschobene Besuchswochenenden, wobei dies für den April mit den Ostern und für den Juli/August mit der Ferienzeit zusammenhängen dürfte. Es ist somit nicht erstellt, dass die Mutter den Rhythmus "nach Lust und Laune" handhaben würde, wie der Beschwerdeführer bereits im kantonalen Verfahren vorbrachte, und insbesondere ist im angefochtenen Entscheid keine grundsätzliche Verweigerungshaltung der Mutter festgestellt.*
Bei dieser Sachverhaltslage ist eine Strafandrohung nicht opportun (…).»
(BGer 5A_764/2013 vom 14. Januar 2014 E. 2.3.)



Begleitetes Besuchsrecht

⇨ Indikationen

- für das Kind unzumutbare Spannungen im Zusammenhang mit der Ausübung des persönlichen Verkehrs.
- Wenn das Kind vor Gewalt geschützt werden muss.
- Verdacht auf mögliche Kindesentführung
- Verdacht auf sexuellen Missbrauch
- Suchtprobleme des Elternteils (Alkohol, Drogen), psychische Auffälligkeiten
- Z.B. bisher gänzlich fehlender Kontakt oder längere Kontaktunterbrechung
- Hilflosigkeit in der Ausgestaltung des Besuchstages
- Fehlen geeigneter Räumlichkeiten für die Besuchsrechtsausübung

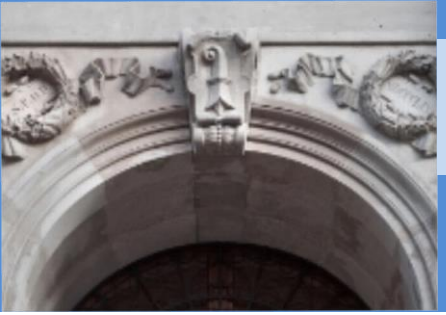


Durchführung eines angeordneten begleiteten Besuchsrechts in Basel-Stadt

Person des gemeinsamen Vertrauens
- setzt eine entsprechende Möglichkeit auf Seiten der Eltern voraus.
- (leider) nur selten umgesetzt.

(private) Fachperson
- stundenweiser Einsatz im Auftrag des KJD.
- flexibler Einsatz innerhalb der Woche (schwierig am Wochenende).
- spezialisierte private Anbieter.
- Kostenintensiv.

Begleitete Besuchstage Basel-Stadt (BBT)
- Jeden 1. Sonntag und jeden 3. Samstag im Monat
- Durchführung in Gruppen, Dauer je nach Alter des Kindes
- Kinderfreundliche, geschützte Atmosphäre
- Begleitendes Team (3 Personen)
- Sicherheit, Kontrolle, Dokumentation



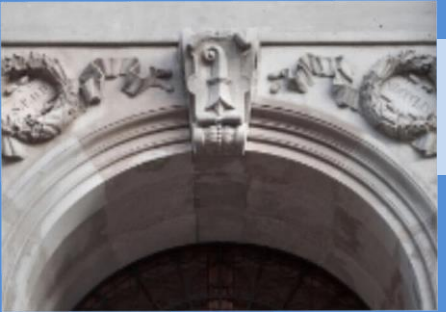
⇨ Stufen

1) Begleitetes Besuchsrecht
2) Begleitete Übergabe
3) Eigenständige Durchführung

Einstieg bei 1 oder 2,

Wechsel von 1 nach 2 oder von 2 nach 1.

- Angeordnet
- Auf fachliche Empfehlung
- Einvernehmlich (freiwillig)

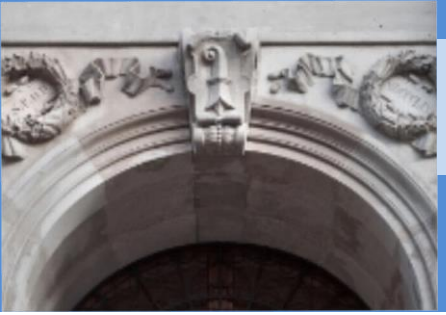


Entzug der elterlichen Sorge

- Entzug bei beiden Elternteilen / bei einem Elternteil
- Kriterien:
  - **Kindeswohl**
  - «wenn die Eltern wegen Unerfahrenheit, Krankheit, Gebrechen, Abwesenheit, Gewalttätigkeit oder ähnlichen Gründen ausserstande sind, die elterliche Sorge pflichtgemäss auszuüben» oder
  - wenn die Eltern sich um das Kind nicht ernstlich gekümmert oder ihre Pflichten gegenüber dem Kinde gröblich verletzt haben.
  - Weitere?
- Unterschied bei verheirateten Paaren:

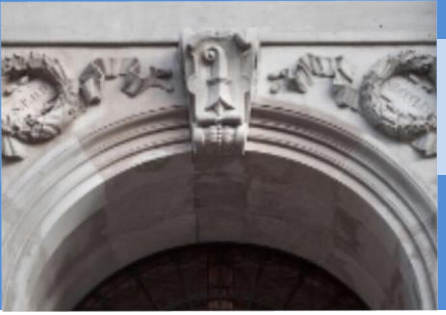
  Bei Auflösung (Scheidung) wird über die elterliche Sorge entschieden.

  Bei nicht verheirateten Paaren nicht.



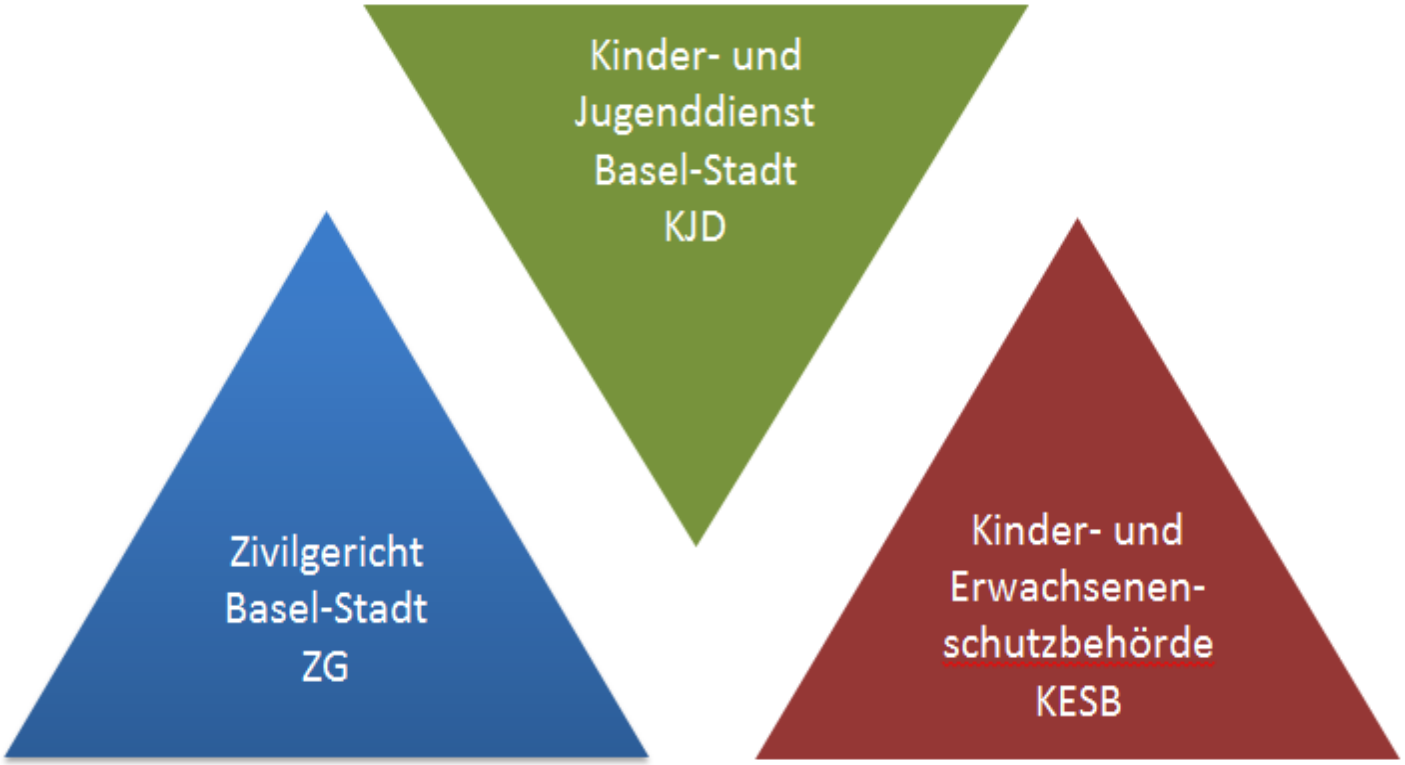
⇨ Zusammenarbeit des Gerichts mit Fachbehörden

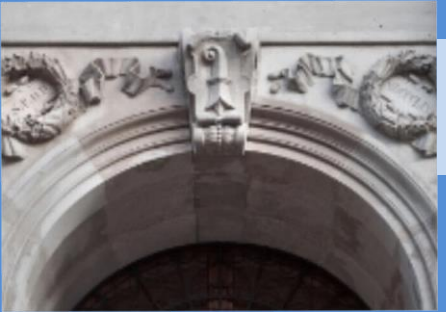
- Unterstützung bei Finden einvernehmlicher Lösungen
- Erarbeiten der Entscheidgrundlagen
- Umsetzung der Entscheide



Zivilgericht
Basel-Stadt

Zusammenspiel der Behörden





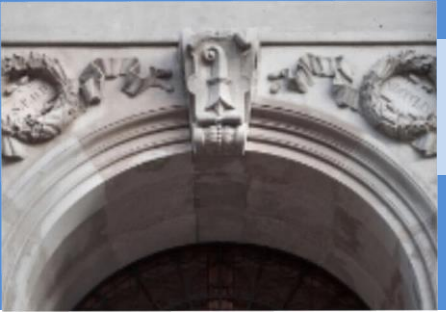
Spruchkammer

Abklärungsdienst ↔ Kinder- und Jugenddienst

Spruchkammer

- Interne Entscheidung
- Mündliche Verhandlung

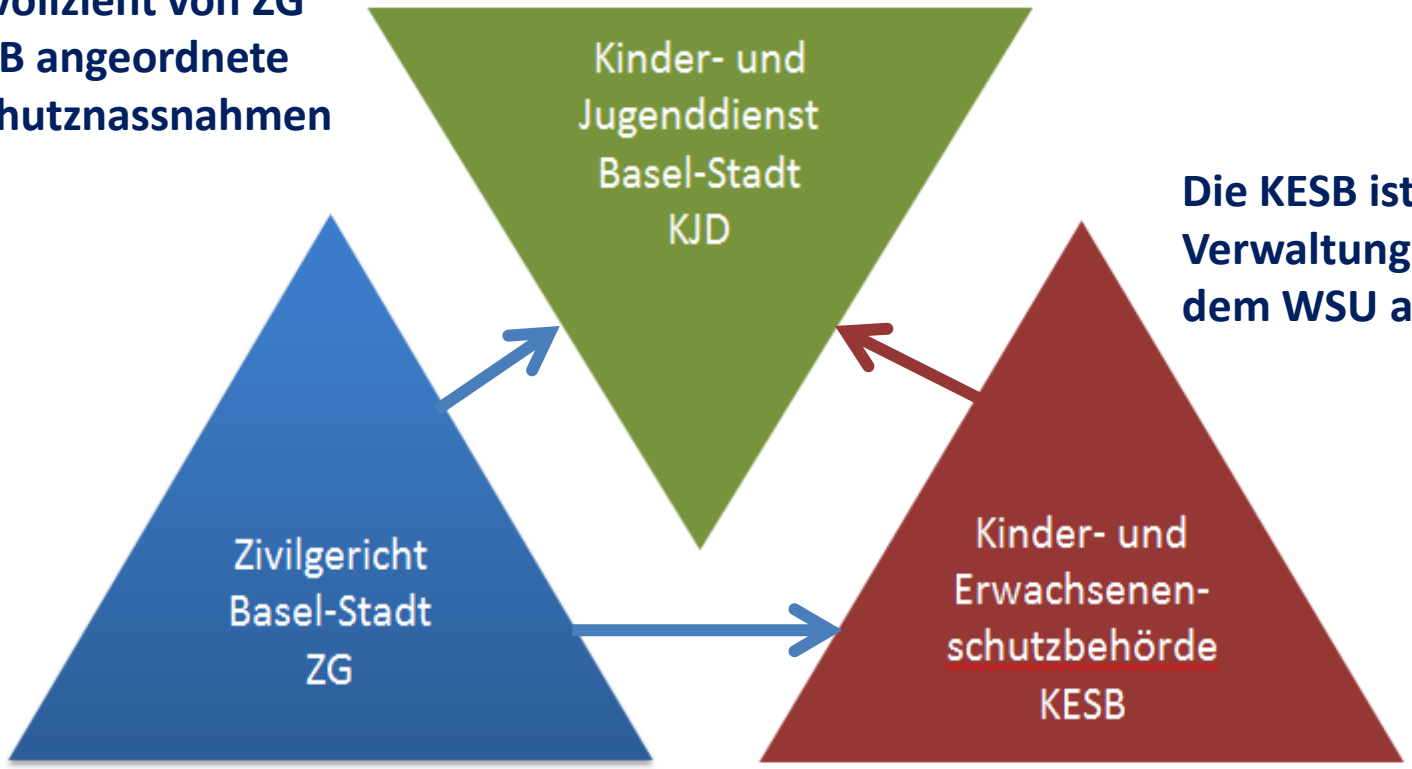
- Bei erheblichem Eingriff in die Persönlichkeitsrechte
- Auf Antrag der Betroffenen
- Auf Anordnung der Vorsitzenden der Spruchkammer



Zusammenspiel der Behörden

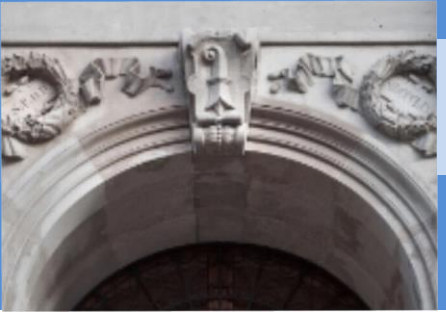
Der KJD ist eine Abteilung des Erziehungsdepartements

Der KJD vollzieht von ZG oder KESB angeordnete Kindesschutznassnahmen



Die KESB ist eine Verwaltungsbehörde, dem WSU angegliedert

Das ZG und die KESB ordnen notwendige Kindesschutzmassnahmen an



Zivilgericht
Basel-Stadt

Zusammenspiel der Behörden und weiterer Beteiligter

Weitere / Private

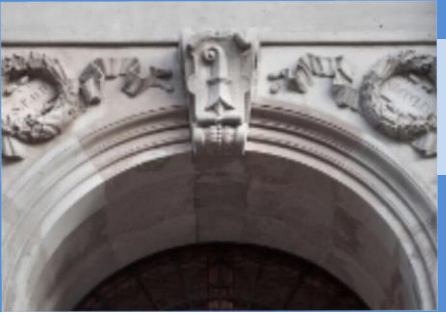
Kinder- und Jugend-psychatrischer Dienst

FABE
Familien-, Paar- und Erziehungsberatung

Kinder- und Jugenddienst Basel-Stadt KJD

Zivilgericht Basel-Stadt ZG

Kinder- und Erwachsenen-schutzbehörde KESB



Zivilgericht
Basel-Stadt

Anordnung von Kindesschutzmassnahmen durch das Zivilgericht

Einfache Fälle:
Weisungen nach Art. 307 ZGB.
Für vertiefte Abklärungen drängt sich die Errichtung einer Beistandschaft gemäss Art. 308 ZGB auf mit präzis formuliertem Auftrag an die Beistandsperson gem. Art. 308 Abs. 2 ZGB.

Zivilgericht

Beispiele

Weisung nach ZGB 307

- ***Verpflichtung zur Mediation*** oder
- ***Aufsuchen einer Familien- bzw. soziale Beratungs-stelle***

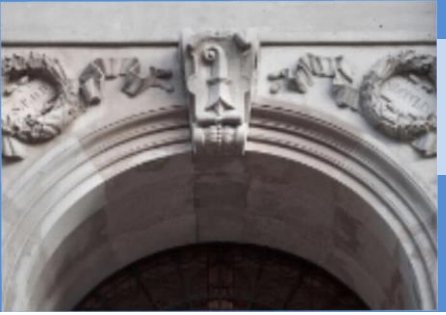
Anordnung einer Beistandschaft zur Besuchsrechtsregelung nach ZGB 308 Abs. 2

KESB

Die KESB setzt den/ die vom KJD vor-geschlagene Sozial-arbeiterin als Beistandsperson ein

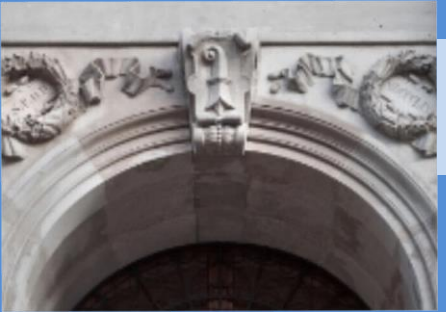
KJD

Die Beistandsperson des Kinder- und Jugenddienstes übt die Beistandschaft gemäss Auftrag aus und berichtet frist-gerecht



Herausforderungen

- ⇨ Gewaltenteilungsprinzip
- ⇨ Beschleunigung / Beweglichkeit / «Reibungsverluste»
- ⇨ Gegenseitige Bedürfnisse: offen formulierte Aufträge oder konkrete gerichtliche Vorgaben für die KESB?
- ⇨ Beispiel: Anordnung einer Beistandschaft



Ausgangslage : Alkoholproblem des Vaters mit Auswirkungen auf sein Verhalten gegenüber Kindesmutter und Kind. Verfügung:

Gestützt auf den Entscheid des Zivilgerichts vom 3. Juni 2015 wird für X, geb. xx.xx.2011, eine Besuchrechtsbeistandschaft (Art. 308 Abs. 2 ZGB) angeordnet mit dem Auftrag,

a) die persönliche Entwicklung von X zu beobachten und die Eltern in ihrer Sorge um das Kind mit Rat und Tat zu unterstützen,

b) die regelmässige Ausübung des Besuchs- und Ferienrechts zu überwachen,

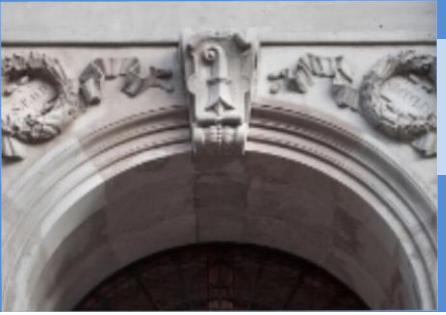
c) insbesondere die Alkoholproblematik des Vaters zu beobachten und mittels geeigneter Massnahmen sicherzustellen, dass der Vater bei der Ausübung des Besuchsrechts seine Alkoholprobleme unter Kontrolle hat;

d) sich vom Vater in regelmässigen Abständen bestätigen zu lassen, dass dieser die Langzeittherapie bei der Abteilung Sucht weiterführt, regelmässige Alkoholtest macht und die entsprechenden Medikamente einnimmt, solange die Suchtproblematik anhält,

e) die allseitig gewünschte Ausweitung des Besuchs- und Ferienrechts zu fördern und einvernehmlich herbeizuführen,

f) die KESB über wichtige Ereignisse umgehend zu informieren und Antrag zu stellen, wenn weitergehende Aufgaben umschrieben werden müssen oder das Besuchsrecht veränderten Verhältnissen anzupassen ist.

Die KESB Basel-Stadt wird beauftragt, einen Besuchsrechtsbeistand zu ernennen.

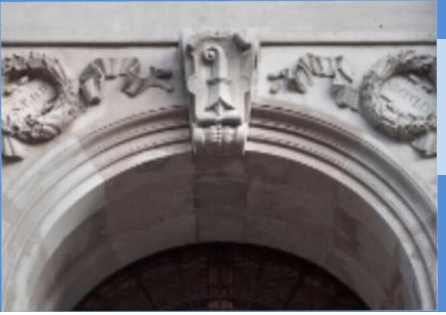


Beispiel 2

In einem Eheschutzverfahren eskaliert die Situation. Die Ehefrau verweigert dem Vater den persönlichen Kontakt. Das Gericht ordnet superprovisorisch eine Besuchsbeistandschaft an.

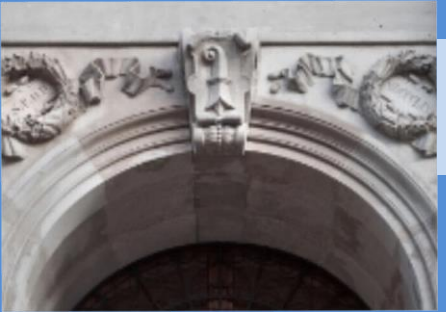
⇨ 17. November 2014 superprov. Verfügung des Gerichts

⇨ 7. Januar 2015 KESB: Ernennung des Beistandes (KJD)



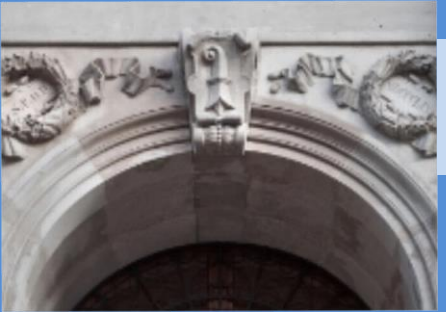
Zusammenspiel der Behörden
Beispiel

⇨ 17. November 2014	superprov. Verfügung
⇨ Anfang Dezember	Kontakt normalisiert sich. Gutes Einvernehmen.
⇨ 7. Januar 2015	KESB: Ernennung des Beistandes (KJD)
⇨ 8./15. Januar 2015	Beide Eltern: Antrag auf Aufhebung der Beistandschaft
⇨ 2. Februar 2015	Anfrage bei Beistand (KJD): Stellungnahme einreichen Einvernehmlicher Verzicht auf Bestätigungsverhandlung
⇨ 26. Mai 2015	Bericht des Beistands an KESB
⇨ 28. Mai 2015	Eingabe des Beistandes an Gericht:
	Kopie eines Berichts und seines Antrags an die KESB auf Aufhebung der Beistandschaft
⇨ 4. Juni 2015	Das Gericht hebt die superprov. Massnahme auf.



Verfahrensrechtlicher Kindesschutz

- Der Sachverhalt wird von Amtes erforscht (Untersuchungsgrundsatz)
- Keine Bindung an die Parteianträge (Offizialgrundsatz) (Art. 296 ZPO)
- Freibeweis (Art. 168 II ZPO)
- Möglichkeit Aufforderung zur Mediation (Art. 297 ZPO)
- Anhörung des Kindes (Art. 298 ZPO)
- *(wenn nötig)* Anordnung einer Vertretung des Kindes (Prozessbeistand) (Art. 299 f. ZPO)
  insb. wenn das Gericht den Erlass von Kindesschutzmassnahmen erwägt
- Eröffnung des Entscheides auch an das Kind direkt (ab 14 J.) (Art. 301 ZPO)

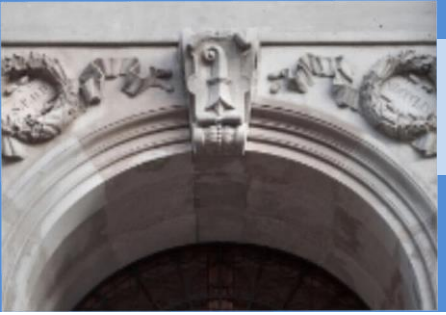


Insb. Anhörung des Kindes (Art. 298 ZPO, Art. 314a ZGB)

«*Das Kind wird durch das Gericht oder durch eine beauftragte Drittperson in geeigneter Weise persönlich angehört, sofern sein Alter oder andere wichtige Gründe nicht dagegen sprechen*» (Abs. 1).

BGE 131 III 553 und BGer 5A_821/2013 vom 16. Juni 2014 (Zusammenfassung)

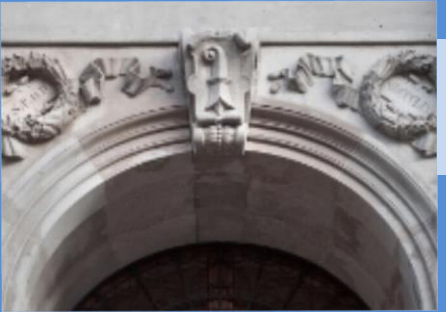
- grds. ab dem Alter von 6 Jahren, unter Umständen aber auch schon früher.
- Bei älteren Kindern steht der persönlichkeitsrechtliche Aspekt im Vordergrund.
- Bei kleineren Kindern ist die Anhörung im Sinne eines Beweismittel zu verlangen.
- Soweit entsprechende Anträge vorhanden sind, besteht unter Vorbehalt der vom Gesetz genannten wichtigen Gründe eine Verpflichtung zur Durchführung der Anhörung.



Insb. Kindesvertreter / Prozessbeistand (Art. 299 ZPO, Art. 314a^{bis} ZGB)

«*Das Gericht ordnet wenn nötig die Vertretung des Kindes an und bezeichnet als Beiständin oder Beistand eine in fürsorgerischen und rechtlichen Fragen erfahrene Person*.» (Art. 299 Abs. 1 ZPO)

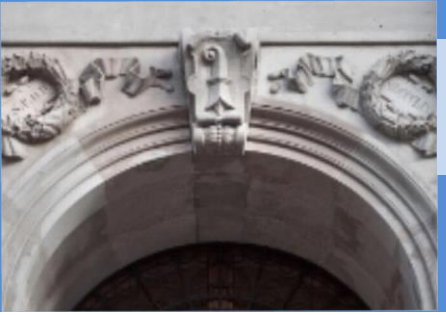
- *zu prüfen* insbesondere wenn (Abs. 2):
  - Die Eltern unterschiedliche Anträge stellen
    (zu elterlicher Sorge, Obhut, wichtigen Fragen des persönlichen Verkehrs, inskünftig auch: Aufteilung der Betreuung und Unterhaltsbeiträge)
  - Bei erheblichen Zweifeln an der Angemessenheit gemeinsamer Anträge
  - auf Antrag der KESB oder der Eltern
  - Wenn der Erlass von Kindesschutzmassnahmen erwogen wird
- *auf jeden Fall anzuordnen* wenn das urteilsfähige Kind den Antrag stellt (Abs. 3).



Insb. Eröffnung des Entscheides

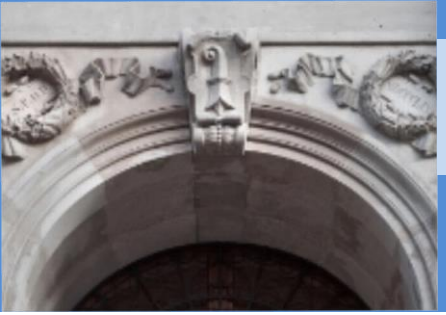
Vgl. Brief Handout

- Kind ab 14 Jahre alt
- Rechtsmittel des Kindes?
- Zwingende Kindesvertretung?
- Auslösen der Rechtsmittelfrist?



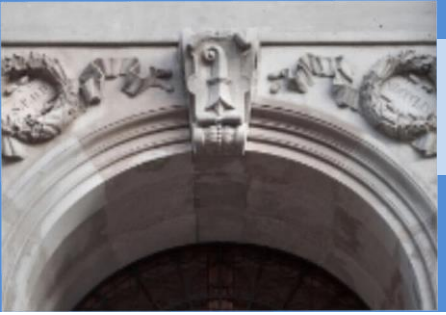
Kosten

- ⇨ Kindesvertreter
- ⇨ Abklärung/Gutachten/Therapie/begleitetes Besuchsrecht ect.
- ⇨ **Wer bezahlt?**
  - ➢ Eltern
  - ➢ Unentgeltliche Rechtspflege (Grenzen?)
  - ➢ Krankenkassen?



Zwei Projekte in Basel:

- **Die angeordnete Beratung**
- **«Das Kind im Blick»**



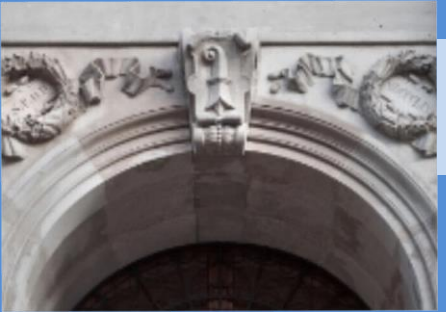
Die angeordnete Beratung

- ⇨ Subsidiaritätsgrundsatz:
  Anzuordnen ist das mildeste erfolgsversprechende Mittel
- ⇨ Einvernehmliche Lösung
- ⇨ Bundesgericht zur angeordneten Mediation als Kindesschutzmassnahme nach Art. 307 Abs. 3 ZGB:

  BGer 5A_457/2009 vom 9. 12.2009, E. 4.

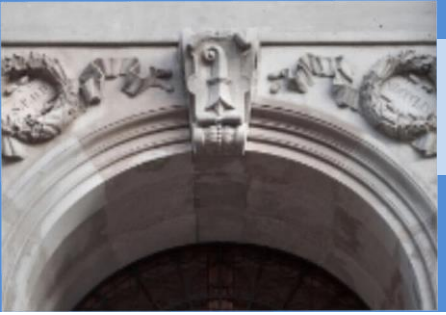
  BGer 5A_72/2011 vom 22.06.2011 E. 3.1.

  BGer 5A_852/2011 vom 20.02.2012, E. 6.
- ⇨ Lässt sich auf die angeordnete Beratung übertragen.



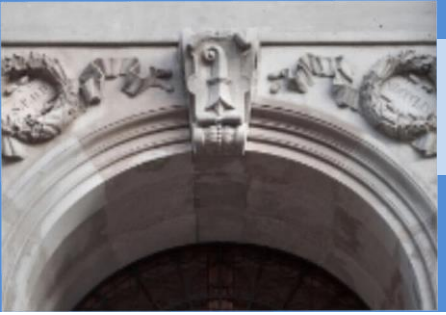
⇨ Grundidee

- Entwicklung rascher Lösungen
- Deeskalierende Wirkung auf Konfliktdynamik
- Einbezug von Kindern
- Eltern sollen in ihrer elterlichen Verantwortung unterstützt werden, Entscheidungen für ihre Kinder zu treffen



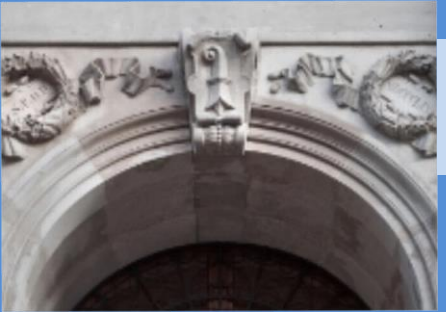
⇨ Ablauf

- Der/Die Instruktionsrichter/in ordnet die Beratung bei Aussicht auf Erfolg in der Regel in der Eheschutzverhandlung an.
- Zeitgleich mit der richterlichen Anordnung werden die Eltern auf einen zweiten Verhandlungstermin geladen (zwei bis drei Monate nach dem ersten Termin).
- Der KJD wird mit der Durchführung der angeordneten Beratung beauftragt.
- Aufnahme der Gespräche durch die Fachperson kurz nach der ersten Gerichtsverhandlung auf. Die Teilnahme der Eltern ist obligatorisch. Innerhalb maximal fünf Sitzungen soll bis zur zweiten Verhandlung – unter Einbezug der Kinder – ein Vorschlag oder eine Vereinbarung über die strittigen Kinderbelange erarbeitet werden.
- Die zuständige Fachperson des KJD ist an der zweiten Verhandlung anwesend und trägt die Empfehlungen mündlich vor.



⇨ Ablauf

- Falls die Eltern im Rahmen der angeordneten Beratung sich (vollständig) einigen, reicht die Fachperson die unterzeichnete Vereinbarung der Eltern dem Gericht ein, und es wird die zweite Verhandlung hinfällig.
- Bei Teileinigung muss ein Konsens über den weiteren Lösungsweg bestehen, ansonsten findet die zweite Verhandlung wie im Fall der vollständigen Uneinigkeit statt.
- An der zweiten Verhandlung wird nach Anhörung der Fachperson und der Eltern in der Sache oder über das weitere Vorgehen entschieden:
  - Weiterführung der angeordneten Beratung,
  - Einholen eines Berichts,
  - Anordnung eines Gutachtens.



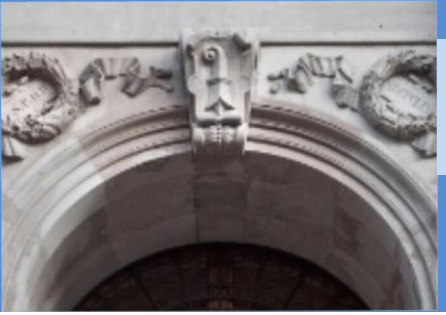
Projekt «Das Kind im Blick»

⇨ Projekt für konflikthafte Trennungen (Krisensituationen)

⇨ interdisziplinäres Team

⇨ Angeordnete Elternschulung in separaten Kursen
(in gemischten Gruppen aber ohne den eigenen Ehepartner):

- Bewusstsein wecken:
  Auswirkungen des Konfliktes aus der Optik des Kindes
- Elterntraining: Kompetenzen stärken gegenüber Kind
- Kompetenz stärken gegenüber dem anderen Elternteil:
  - Reduktion destruktiven Verhaltens
  - Verbesserung der elterlichen Kooperationsfähigkeit



Fazit

⇨ **Priorität**: Hilfe für überforderte Eltern im Interesse des Kindes

⇨ Wertvolles Zusammenspiel der Behörden

⇨ Hohe Bedeutung der Fachleute und -behörden für das Gericht

⇨ Arbeit im Fokus der Öffentlichkeit